Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 19 (1939-1940)
Heft: 7

Artikel: Ist England eine Musterdemokratie?
Autor: A.Z.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-333837

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

mus. Unsere Bewegung muß sich auch endlich und endgültig vom Liebäugeln mit der angeblich notwendigen Diktaturperiode als Übergangsstadium frei machen. Es gibt keinen solchen Übergang zum Sozialismus, es sei denn, man denke an einen «Übergang» von einigen Generationen mit allen seinen Schrecken, die wir kennengelernt haben. Am Ende einer solchen Periode aber wird sicher alles andere als der Sozialismus stehen.

Ein wichtiger Schritt zum Sozialismus ist eine gerechtere Ordnung der Wirtschaft, die bessere Verteilung der Güter dieser Erde. Weder der Kapitalismus in der hergebrachten Form noch die Diktaturen vermochten dieses Problem zu lösen. Staatskapitalismus und Planwirtschaft sind vielleicht Etappen zum Sozialismus. Wenn es bessere Methoden gibt, um die gerechtere Verteilung der Güter als wirtschaftliche Voraussetzung des Sozialismus zu erreichen, so müssen wir sie unbedenklich anwenden. Auch darüber sind wir noch nicht zur letzten Klarheit gelangt.

Jedenfalls: Die wirtschaftlichen und sozialen Verbesserungen sind dringend nötig. Meine jahrzehntelange Arbeit als Gewerkschafter schützt mich vor dem Verdacht, diese Notwendigkeit nicht erkannt zu haben. Aber diese Verbesserungen allein sind noch kein Sozialismus. Der Sozialismus erfaßt unser ganzes Wesen, er erfaßt insbesondere den Geist des Menschen und steht daher hoch über dem wirtschaftlichen Geschehen allein.

Wir alle kennen die französische Fabel vom hungrigen Wolf in der Freiheit und vom satten Hund an der Kette. Würden wir vor die Alternative gestellt, unter der Diktatur mehr oder in der Freiheit weniger essen zu können, so müßten wir als Sozialisten für die Freiheit optieren, weil sie die wichtigste Voraussetzung des wahren Sozialismus ist.

Ist England eine Musterdemokratie?

Von A. Z.

Während man es heute bis zum Überdruß hört, daß die Westmächte den Krieg mit dem sogenannten Dritten Reich nicht um irgendwelcher materieller Interessen, sondern zum ausschließlichen Heile der Demokratie führen, ereignete sich in England ein Zwischenfall, der zumindest geeignet sein könnte, starke Zweifel in die fortwährenden Beteuerungen zu setzen. Wir meinen die Tatsache, daß ein an prominenter Stelle stehender Minister quasi über Nacht in der Versenkung verschwand. Das ist ein Verfahren, wie wir es eigentlich nur von Diktatoren, nicht aber von demokratischen Kabinetten gewöhnt sind. Allerdings hatte der gestürzte Minister alsdann Gelegenheit, sich direkt an das Parlament zu wenden, was in Diktaturstaaten wieder nicht möglich ist. Daß es in dem vorliegenden Falle in sehr zurückhaltender Form geschah, mag zwar damit zusammenhängen, daß verhütet werden sollte, dem feindlichen Ausland Einblick in gewisse interne Differenzen zu geben, aber man

erinnert sich, daß seinerzeit auch *Eden* von einer offenen Auseinandersetzung mit seinem Kabinettschef Chamberlain absah, und das war zu einer Zeit, da England in keinem Krieg stand. Für die geübte Zurückhaltung wären also auch andere Erklärungen möglich. Aber auch das wenige, das der gestürzte Minister bei seiner Verantwortung vor dem Parlament verlauten ließ, mußte gerade die demokratische Welt alarmieren. Wörtlich sagte er:

> «Unsere Armee soll und muß jedem unserer jungen Leute die Möglichkeit geben, entsprechend seinen Fähigkeiten die Karriere zu bieten, die er verdient, wofür, wie ich noch einmal betonen möchte, lediglich Charakter und Tüchtigkeit entscheiden sollten und *nicht seine gesellschaftliche Stellung oder seine finanziellen Verhältnisse. Ich habe für meinen Teil nie empfunden, daß wir im Begriff waren, eine Armee aufzubauen, die deshalb zu demokratisch sei, weil sie für die Sache der Demokratie kämpft.*»

Mit diesen Sätzen hat der Minister den Schleier von dem Geheimnis weggezogen, das seinen Sturz umgibt. Es gibt für diesen keine andere Erklärung, als daß ihm vorgeworfen wurde, er habe die Armee «zu demokratisch» aufgebaut, wobei diese Vorwürfe obendrein noch ausdrücklich mit dem Hinweis auf die «Sache der Demokratie» erfolgt sein müssen, der der Kampf dieser Armee gelte. Das sieht sich auf den ersten Blick wie eine gewollte Begriffsverwirrung an. Man könnte den Eindruck gewinnen, daß es in England offenbar sehr einflußreiche Kreise gibt, die sich des Wortes «Demokratie» nur zum Zwecke des Bauernfangs bedienen und denen die Demokratie in Wirklichkeit zutiefst verhaßt ist. Man kennt ja solche Beispiele auch aus der Geschichte anderer Länder. Die Demokratie hat eben, wie Thomas Mann in seiner Stockholmer Rede über: «Das Problem der Freiheit» unlängst treffend ausführte, nicht nur offene Feinde, sondern auch «falsche Freunde». Aber daß diese just in dem Lande, das uns so oft als das Musterland der Demokratie beschrieben wird und mitten in einem für den Sieg der Demokratie geführten Krieg die Oberhand haben und einen der wichtigsten und verdientesten Minister sollen stürzen können, nur weil er in ihren Augen ein entschiedener Demokrat ist, mahnt denn doch zu allergrößtem Aufsehen. Wäre die Behauptung von dem «demokratischen Krieg» am Ende so unecht, wie sie es im letzten Weltkrieg war, und wäre also die ganze freiheitliche Begleitmusik, wie sie in den verschiedensten Variationen auch jetzt wieder zu dem Krieg geliefert wird, nur ins Lyrische gesteigerte Rhetorik?

Die Fragen sind, wie man zugeben wird, von brennendem Interesse. Sie stellen sich auch um so mehr, als gerade in den letzten Jahren in England vielfach Strömungen zutage traten, die eigentlich in einer Demokratie keinen Platz haben sollten. Wir denken hierbei nicht nur an die verschiedenen Lords, die kein Hehl aus ihren Sympathien zu gewissen Diktatoren machten, soweit diese nicht gerade den Kreml bevölkern. Auch Chamberlain hatte oft mehr die Allüren eines regel-

rechten Diktators als die eines aufrechten Demokraten. Es ist denn auch kein Zufall, daß gerade im Hinblick auf eine Kabinettsführung in England selber mehr und mehr die Bezeichnung «cabinet dictatorship» (Kabinettsdiktatur) Anwendung fand. Auch fehlt es ja in England selbst nicht an recht überlegten Köpfen, die sehr kritisch über das System der englischen Demokratie denken und ihre abfällige Meinung mitunter mit direkt ätzender Schärfe ausdrücken, wobei diese keineswegs im Lager des Radikalismus zu suchen sind. Genannt seien nur *Wells* und *Priestley*. Namentlich der letztere ging vor noch gar nicht langer Zeit mit der englischen Demokratie wahrhaft erbarmungslos ins Gericht. «Der meistverbreitete Mißbrauch der Sprache, dessen wir uns schuldig machen» — also Priestley — «besteht darin, daß wir unser Land als eine Demokratie bezeichnen. England hat mit einer Demokratie nichts gemein. Man kann es viel eher als eine Plutokratie bezeichnen, die eine Aristokratie zur groben Verhüllung hat.»

Das klingt beinahe so, als hörte man eine Platte sprechen, die die Göbbelssche Anti-England-Propaganda neu aufgelegt hat. Aber damit allein ist Priestleys Behauptung natürlich noch nicht widerlegt. Tatsächlich stößt der kontinentaleuropäische Demokrat in England auf Schritt und Tritt auf Erscheinungen, die mit seiner herkömmlichen Vorstellung von England als einer Modelldemokratie ganz und gar nicht zu vereinbaren sind. Wohl nirgends präsentiert sich der klassenstaatliche Charakter eines Landes so unverhüllt wie dort und unwillkürlich erinnert man sich an Disraelis Wort von den «beiden Nationen», die einander völlig fremd unter einem Himmel beisammen wohnen: hie Proletariat und dort Bourgeoisie. Auch rund hundert Jahre, die seit jener Zeit verstrichen sind, haben scheinbar an dem also charakterisierten Zustand nichts geändert. Die gesellschaftliche Scheidung besteht noch in aller Schärfe fort und immer noch ist es die «High Society», die «vornehme Welt», die dem öffentlichen Leben den Stempel aufdrückt, während das Proletariat scheinbar nur den dunklen Hintergrund für deren Glanz abgibt. Nachrichten aus der «Society» nehmen den ersten Platz in illustrierten und Tageszeitungen ein und ihre Feiertage sind auch die der Nation, während beispielsweise der Erste Mai noch immer ein gewöhnlicher Werktag ist. Die Scheidung geht bis in die Kleidung und den Sprachgebrauch. Der graue Zylinder gilt als Ausdruck besonderer Vornehmheit, und wer zur «Society» gehört, darf beileibe nicht mit dem gewöhnlichen «Mister», sondern nur als «Sir» angesprochen werden. Gleich wahren Pflegestätten des Kastengeistes muten die Klubs an, in denen sich übrigens der Hauptteil des gesellschaftlichen Lebens abspielt. Jede soziale Schicht hat ihre besonderen Klubs, und vergebens pocht dort jemand an die Türen, der den Vorschriften hinsichtlich Vermögen, Stellung oder Herkunft nicht entspricht. Die Kasten in Indien könnten nicht strenger abgeriegelt sein. Allerdings besteht zu diesen auch wieder ein grundlegender Unterschied. Der «Unberührbare» in Indien bleibt es zeitlebens, welche Qualitäten er auch besitzen oder erwerben mag. Die englische «Society» kennt eine solche Exklusivität nicht. Sie schließt sich nicht ab, um sich selber zu

konservieren, sondern sie sorgt zugleich für ihre immerwährende Erneuerung, indem sie jeden in ihren Schoß aufnimmt, der sich auf irgendeine Weise Ansehen erworben oder sonstwie aus der Masse emporgehoben hat. Adel ist in England eben nicht nur eine Frage der Abkunft, er ist auch die Auszeichnung für persönliche Erfolge, und die von Zeit zu Zeit stattfindenden Pairs-Schübe sind nur ein besonders sichtbarer Ausdruck dieses ununterbrochenen Prozesses der Blutzufuhr.

Hier liegt auch das eigentliche Geheimnis des beherrschenden Einflusses, den Englands «Society» bis auf den heutigen Tag zu behaupten verstanden hat. Indem sie sich fortwährend erneuert und die Erfolgreichen aus der anonymen Masse in sich aufnimmt, bewahrt sie sich nicht nur selber vor der Degenerierung, die früher oder später unvermeidlich zum Verlust ihres Respektes führen müßte, sondern sie stellt dadurch auch eine fortwährende Verbindung mit dem Volke her und macht dieses eher geneigt, zu ihr als zu einer wirklichen, auf Verdienst oder höherer Fügung beruhenden Auslese aufzublicken. Es ist denn auch eine Eigenart des Engländers der unteren Klasse, daß er ohne Neid und Mißgunst gegen die «vornehme Welt» ist und deren Treiben sogar mit großer Anteilnahme verfolgt. Damit werden die klassenmäßigen Scheidungslinien, die das gesellschaftliche Leben in England mit geradezu provozierender Augenfälligkeit zur Schau stellt, im Bewußtsein des Engländers wieder verwischt. Nicht umsonst hat der Kommunismus mit seiner so scharf den Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat betonenden Lehre so wenig Anhang gerade in England gefunden, dessen Industriebevölkerung doch eigentlich für den Kommunismus fast prädestiniert erscheint. «Diktatur des Proletariats» ist eben keine verlokkende Losung in einem Lande, wo der ärmste Bergarbeiter jederzeit in die herrschende Klasse aufsteigen kann, ohne darum an seiner eigenen Klasse zum Verräter werden zu müssen.

Abgesehen davon, daß dieses System für die Bourgeoisie den Vorteil hat, daß es das Proletariat gegen radikalistische Anwandlungen — von links und von rechts, wie das Schicksal der faschistischen Mosley-Bewegung gezeigt hat — feit, gibt es ihr auch die Möglichkeit, die aus dem Proletariat in ihre Reihen Aufgestiegenen, wenn nicht zu assimilieren, so doch unter ihren geistigen Einfluß zu bringen, aber sich darüber hinaus auch mit den Stimmungen vertraut zu machen, die in den niederen Volksklassen herrschen. Daraus resultiert auch wieder jene besondere Anpassungsfähigkeit, die die englische Bourgeoisie vor allem und mehr als die irgendeines andern demokratischen Landes auszeichnet. Sie begreift genau, wann die Notwendigkeit zu irgendwelchen Reformen in der Luft liegt und macht darum auch im jeweils richtigen Moment die erforderlichen Konzessionen. Es ist eine unanfechtbare Tatsache, daß der Prozeß der sozialen Anpassung an die veränderten Zeitumstände in England so gut wie ohne gesellschaftliche Erschütterungen vor sich gegangen ist, zum Unterschied beispielsweise von Frankreich, wo erst ein gesellschaftliches Erdbeben, wie es vor vier Jahren im Zeichen der Volksfront stattfand, die längst fälligen Reformen erzwang.

Dieser Unterschied wurzelt zutiefst in dem so unterschiedlichen Ver-

lauf, den die Geschichte Englands im Vergleich zu derjenigen Frankreichs genommen hat. In Frankreich steht am Anfang der Demokratie eine von den untersten Volksmassen getragene Revolution, die in wiederholtem blutigem Aufbäumen der herrschenden Klasse ihre Rechte entrissen hat. In England ist die Demokratie dagegen das Resultat eines vorwiegend evolutionären, also entwicklungsmäßigen Prozesses, im Verlauf dessen die herrschende Klasse fortwährend Rechtsverzichte zugunsten der beherrschten machte. Nicht daß es darum in der englischen Geschichte an dramatischen Ereignissen fehlte. Die lange Reihe der Königsmorde beweist eindringlich das Gegenteil. Aber in diesen Kämpfen spielte das Volk zu allen Zeiten eine ganz untergeordnete Rolle. Nicht dieses trat gegen die Könige in Aufstand, sondern das englische Bürgertum, das in dem Maße, als es in Handel und Industrie tonangebend wurde, für sich auch größere politische Rechte beanspruchte und den Absolutismus der Krone nicht mehr ertrug. Dieses Bürgertum aber kämpfte auch nicht für Liberté, Egalité und Fraternité, sondern sein Ziel erschöpfte sich in der Schaffung eines Parlaments und seiner Ausstattung mit möglichst großen Rechten, was praktisch nur auf Kosten der Krone gehen konnte. Auch dieser Prozeß verlief großenteils evolutionär. Die Krone büßte Stück um Stück ihres Einflusses ein, wobei die Bourgeoisie gelegentlich von reinen Zufälligkeiten profitierte, wie derjenigen, daß beispielsweise ein König der hannoverschen Linie der englischen Sprache unfähig war, was dem Kabinett eine willkommene Veranlassung gab, mit dem bis dahin hochgehaltenen Vorrecht des Königs, die Kabinettssitzungen zu präsidieren, für immer zu brechen. So hat die englische Demokratie tatsächlich viel mit dem berühmten englischen Rasen gemein, der auch nicht über Nacht gewachsen ist, sondern das Produkt einer sich über endlose Jahre erstreckenden Arbeit darstellt. Und wie die Krone der Bourgeoisie immer mehr Rechte zugestand, bis von ihr wenig anderes mehr übrig blieb als der Name, so verfuhr auch die Bourgeoisie mit der ihr zugefallenen Machtfülle. Das Parlament war ursprünglich ein ausschließliches Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie oder, noch besser, der Aristokratie, auf die das aktive und passive Wahlrecht im wesentlichen beschränkt war. Erst die Reformakte vom Jahre 1832 mit ihrer Erweiterung des Wahlrechts lockerte den aristokratischen Charakter des Parlaments bis er im Jahre 1867 durch eine zweite Wahlgesetzreform überhaupt verwischt wurde. Aber bis zu dieser Reform, die unter dem entscheidenden Einfluß von Disraeli zustande kam, war die Anwesenheit von Angehörigen des Mittelstandes eine Seltenheit geblieben und wurde sie von weiten Kreisen der Aristokratie als eine Ungehörigkeit oder Schlimmeres betrachtet. Vertreter des Proletariats gab es überhaupt nicht, wie ja überhaupt daran erinnert werden muß, daß Englands Parlament zwar «die Mutter aller Parlamente» ist, daß aber Englands Berg- und Landarbeiter erst im Jahre 1884 in den Genuß des Wahlrechts gelangt sind.

Völker besinnen sich, wenn Notzeiten über sie hereinbrechen, auf die Höhepunkte ihrer Geschichte. Diese sind die wahren traditionsbildenden Kräfte und bestimmen den politischen Charakter eines Volkes. Wehe

demjenigen Land, dessen Geschichte solcher Höhepunkte bar ist. Ihm droht, wenn es sich vor außergewöhnlfiche Probleme gestellt sieht, jeweilen der verzweifelte Absprung ins Abenteuer. Frankreich, das auch schwere Stunden erlebte, raffte sich immer wieder durch die bloße Erinnerung an seine große Revolution auf. Es ist, als ob diese dem Land ständig neue Schwingen gebe. Was für Frankreich die Revolution ist, das ist für England die Reform. Melden sich Schwierigkeiten besonderer Art, dann erschallt in England jeweilen darum auch nicht der Ruf nach Revolution, sondern nach irgendwelcher Reform; man denkt nicht an Kampf, sondern an einen Kompromiß, der jenen überflüssig macht.

Das ist in England so sehr zur feststehenden Tradition geworden, daß der Gedanke an andere Lösungen kaum aufkommt. Reform und Kompromiß — und jede Reform ist ja immer auch ein Kompromiß — beherrschen darum nicht nur die Beziehungen im Innern Großbritanniens, sondern sie bilden auch die Richtschnur, nach der sich die ganze Imperiumspolitik orientiert. Die ganze Kolonialgeschichte Englands ist, wenn man von ihren Anfängen absieht, nichts anderes als eine ununterbrochene Kette von Reformen und Kompromissen. Und hier wie dort waren die Ergebnisse in jeder Beziehung ermutigend. Es gibt kaum ein zweites Land, das sich auf eine ähnliche politische und soziale Stabilität berufen kann wie England, und daß auch die Lockerung der Herrschaft über das gewaltige Kolonialreich der Festigkeit und Geschlossenheit des britischen Imperiums nur zugute gekommen ist, beweist sich soeben in diesen Tagen im Angesicht des neuen Krieges.

Indessen hieße es der Geschichte Englands Gewalt antun, wollte man sich diese so vorstellen, daß nie ein Wölkchen den Himmel getrübt habe oder noch trübe. Die Bourgeoisie trat jeweilen immer nur gerade so viel freiwillig an Rechten ab, als ihr das Proletariat durch den Einsatz seiner Macht entziehen zu können drohte. Es fehlte auch nicht an Augenblicken, wo sie es auf eine machtmäßige Auseinandersetzung ankommen ließ und in der Nachkriegszeit war England sogar vorübergehend der Schauplatz eines Generalstreiks, bei dem das Militär gegen die Arbeiterschaft aufgeboten wurde. Auch Verlauf und Ausgang dieses Konfliktes sind für die Mentalität der englischen Bourgeoisie typisch. Die zur Niederhaltung der Arbeiterschaft aufgebotenen Soldaten machten von ihrer Munition in keinem einzigen Falle Gebrauch, dagegen forderten sie die Streikenden zu friedlichen Fußballkämpfen heraus. Auch nützte die konservative Regierung die Niederlage, die sich die Gewerkschaften in diesem Kampfe holten, nur mäßig aus. Es kam zwar zu einigen schikanierenden Gesetzen, aber bei deren Durchführung waltete eine milde Hand. Die englische Bourgeoisie wies es großmütig von sich, den unterlegenen Gegner zu demütigen oder gar zu vernichten, wiewohl eine Versuchung hierzu nahe gelegen hätte. Weniger schöne Züge enthüllte die englische Bourgeoisie gelegentlich verschiedener Wahlen, wobei nur an die mißbräuchliche Benutzung eines angeblichen Sinowjew-Briefes erinnert sei, dessen Existenz später nie nachgewiesen werden konnte. Auch die Art und Weise, wie die erste Arbeiterregierung aus Amt und Würden gefegt wurde, zeigt, daß das «fair play» (wörtlich: ehrliches Spiel), auf das Englands Bour-

geoisie sich so gerne beruft, nicht bedingungslos zu ihren Tugenden gehört.

Von den oben angeführten Konflikten unterscheidet sich die aufsehenerregende Verabschiedung des bisherigen Kriegsministers *Hore-Belisha* nur dadurch, daß ihr Meinungsverschiedenheiten zugrunde liegen, deren Linie nicht zwischen Bourgeoisie und Arbeiterschaft, sondern quer durch die regierende Konservative Partei verläuft. Ganz wie ein Blitz aus heiterem Himmel ist dieser Ministersturz freilich nicht gekommen. Es war seit langem spürbar, daß die Auffassungen über die allgemeine Wehrpflicht im Schoße der Konservativen weit auseinanderklaffen. So ist bekannt, daß Chamberlain sich deren Einführung bis in die allerjüngste Zeit hinein widersetzt und dieser erst zugestimmt hat, als die Zeichen der Zeit bereits drohend auf die Unausweichlichkeit des inzwischen ausgebrochenen Krieges deuteten, wobei er möglicherweise sogar hoffen mochte, daß gerade die Ankündigung dieser Maßnahme den Frieden noch im letzten Augenblick retten könne. Anzunehmen ist auch, daß Frankreich es in England nicht an entsprechenden Vorstellungen fehlen ließ. Wie dem sei: Chamberlain hat sich wiederholt als ein erklärter Gegner der allgemeinen Wehrpflicht bekannt. Das taten aber andere englische Politiker auch, nicht zuletzt maßgebliche Vertreter der Labour-Party und der Gewerkschaften. Wenn hier darum an diese frühere Haltung Chamberlains erinnert wird, so nur, weil er die allgemeine Wehrpflicht mit Argumenten bekämpfte, die im Lichte der plötzlichen Verabschiedung Hore-Belishas und dessen Andeutungen im englischen Unterhaus ein hochaktuelles Interesse beanspruchen. Chamberlain erklärte seine Gegnerschaft zur allgemeinen Wehrpflicht nämlich mit dem Hinweis darauf, daß diese «undemokratisch» sei. Eine nähere Erläuterung zu dieser Behauptung hat Chamberlain nie gegeben. Man wäre auf sie auch umso mehr gespannt, als in Frankreich, das doch auch eine Demokratie ist, derartige Auffassungen über die allgemeine Wehrpflicht unseres Wissens niemals laut geworden sind. Sollte Chamberlain, wenn er von Demokratie spricht, eben doch nicht dasselbe meinen, wie beispielsweise Daladier, und kämpfen darum beide in diesem Krieg auch für eine verschiedene Demokratie? Und wäre der Gegensatz, der sich zwischen Chamberlain und Hore-Belisha aufgetan hat, einer gleichen Verschiedenheit der Auffassungen über den Begriff Demokratie entsprungen?

Nachdem das Unterhaus die erwartete Aufklärung über die Ursachen der Differenz schuldig geblieben ist, kann man hierüber nur Vermutungen anstellen, wobei man sich zweckmäßigerweise an die mit der allgemeinen Wehrpflicht gepaart gehenden Konsequenzen hält. Wie oben dargestellt wurde, ist für den Durchschnittsengländer der Begriff Demoratie identisch mit dem System des Parlamentarismus. Darüber hinausgehende Vorstellungen werden mit ihr — zumindest in breiten Kreisen der Bourgeoisie — nicht verbunden und jedenfalls dehnt sie diese nicht wie der Franzose auf die «Egalité» aus. Das aber ist der Punkt, an dem die allgemeine Wehrpflicht mit den bürgerlichen demokratischen Vorstellungen in England in Kollision gerät. Denn allgemeine Wehrpflicht schließt

jede Art von Privilegien aus und rückt arm und reich, hoch und niedrig in die gleiche Reihe. In der Konsequenz bedeutet dies nicht weniger als einen radikalen Einbruch in die bisherigen gesellschaftlichen Verhältnisse Englands, da hierdurch die kastenmäßigen Abschließungen auf breitester Bahn durchbrochen werden. Chamberlains Unzufriedenheit mit seinem bisherigen Militärminister muß zweifellos von solchen Befürchtungen eingegeben gewesen sein, denn nur so wird auch die betont ironische Bemerkung Hore-Belishas einigermaßen verständlich, er habe für seinen Teil nie empfunden, «daß wir im Begriff waren, eine Armee aufzubauen, die deshalb allzu demokratisch sei, weil sie für die Sache der Demokratie kämpft». Für Chamberlain ist Demokratie eben nicht gleichbedeutend mit Gleichheit, sondern mit Auslese, und zwar nicht — wie Hore-Belisha die Demokratie seiner Rechtfertigungsrede zufolge auffaßt — ausschließlich auf Grund von Charakter und Tüchtigkeit, sondern auf Grund der gesellschaftlichen Stellung. Nur mit dieser Auslegung erhält auch Chamberlains frühere Behauptung, die allgemeine Wehrpflicht sei ihrem Wesen nach «undemokratisch», einen Sinn. Da Chamberlain sich aber der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht angesichts der Zeitumstände unmöglich mehr widersetzen konnte, so möchte er wenigstens versuchen, deren Tendenzen zur gesellschaftlichen Gleichmachung nach Möglichkeit aufzuhalten, wogegen Hore-Belisha offenbar zu Willen der Schaffung einer starken englischen Wehrmacht diese Tendenzen umgekehrt noch förderte.

So sehr nun die von Chamberlain auch in diesem Falle wieder bekundete Mentalität zu denken geben mag, so irrig wäre es, deswegen seine demokratische Gesinnung überhaupt in Frage zu stellen. Chamberlain ist ein Demokrat, aber er ist ein englischer Demokrat und obendrein noch ein konservativer. Und England ist und bleibt darum trotz des Verschwindens Hore-Belishas eine Demokratie, wenn eben auch nach dem typisch englischen und nicht nach französischem oder schweizerischem Zuschnitt. Ob England auch die «Modelldemokratie» ist, als die es so oft gepriesen wird, mag freilich fraglich erscheinen. Aber gibt es in der Welt überhaupt eine Modelldemokratie? Auch von Frankreich läßt sich kaum mehr sagen, als daß es anderthalb Jahrhunderte nach der großen Revolution gerade nur auf dem Wege zur Verwirklichung der von dieser verkündeten Postulate sei, und nicht besser steht es um die andern großen und kleinen Demokratien. *Die Demokratie ist eben nichts schon Ausgereiftes, sie ist ein fortwährend Werdendes und Wachsendes.* Aber wir unterscheiden scharf zwischen solchen Ländern, die sich zur Demokratie als dem Ideal einer gesellschaftlichen Ordnung bekennen und wenigstens die elementarsten Voraussetzungen für ihre Verwirklichung geschaffen haben, und jenen andern, die dies nicht tun und Jahrhunderte menschheitlicher Entwicklung zum Schaden von Zivilisation und Kultur auswischen wollen. Sehr schön hat Thomas Mann in seiner schon erwähnten Stockholmer Rede den Begriff der Demokratie wie folgt anschaulich gemacht:

> «Sie ist der *menschliche Ausgleich* zwischen einem logischen Gegensatz, die Versöhnung von Freiheit und Gleichheit, der indivi-

duellen Werte und der Anforderungen der Gesellschaft. Dieser Ausgleich aber ist niemals vollendet und endgültig erreicht, er bleibt eine immer aufs neue zu lösende Aufgabe der Humanität; und wir fühlen, daß heute in der Verbindung von Freiheit und Gleichheit das Schwergewicht sich nach der Seite der Gleichheit und der ökonomischen Gerechtigkeit, vom Individuellen also nach der Seite des Sozialen verlagert. Die *soziale Demokratie* ist heute an der Tagesordnung — nur in dieser geistigen Form und Verfassung, als eine zum Sozialen gereifte Freiheit, die gerade durch freundwillige Zugeständnisse an die Gleichheit die individuellen Werte rettet, als ökonomische Gerechtigkeit, die alle ihre Kinder fest an sie bindet, kann die Demokratie dem Ansturm eines entmenschenden Gewaltgeistes standhalten und ihre große konservative Aufgabe erfüllen: Wahrerin zu sein des christlichen Fundaments abendländischen Lebens, der Gesittung selbst gegen die Barbarei. —»

Das ist eine Deutung, vor der England sehr wohl bestehen kann. Denn wenn Demokratie vor allem Ausgleich zwischen den individuellen Werten und den Anforderungen der Gesellschaft ist, und wenn die Demokratie sich durch eine Politik des sozialen Fortschritts ausweisen können muß, dann schneidet England im Vergleich mit andern Demokratien recht günstig ab, auch wenn diese äußerlich einen frischer und demokratischer anmutenden Anstrich haben mögen.

Stalin und die russische Revolution

Von Emil J. Walter

Der 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale beschloß im Jahre 1920 die berühmten 21 Bedingungen zur Aufnahme in die Dritte Internationale, wonach die Propaganda der aufzunehmenden Parteien einen kommunistischen Charakter besitzen müsse, alle Reformisten und Zentristen aus der Partei zu entfernen seien, die Partei den Namen «Kommunistische Partei» anzunehmen habe, die Presse dem Parteivorstand zu unterstellen und der Parteiapparat streng zentralistisch aufzubauen sei; auch sei ein illegaler Apparat einzurichten oder vorzubereiten:

«Diejenigen Parteien, die jetzt in die Dritte Internationale eintreten wollen, müssen dafür sorgen, daß nicht weniger als zwei Drittel der Mitglieder des Zentralkomitees . . . aus Genossen bestehen, die sich noch vor dem 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale unzweideutig für den Eintritt der Partei in die Dritte Internationale öffentlich ausgesprochen haben. Ausnahmen sind zulässig mit Zustimmung der Exekutive der Dritten Internationale. Diejenigen Parteiangehörigen, welche die von der Kommunistischen Internationale aufgestellten Bedingungen und Leitsätze grundsätzlich ablehnen, sind aus der Partei auszuschließen. Dasselbe gilt namentlich von Delegierten zum außerordentlichen Parteitage.»